

## Wiedergabe von Materialien in der indirekten Rede

Bei der Zusammenfassung von Texten (Quellen, Darstellungen etc.) ist es erforderlich, dass erkennbar ist, dass eine fremde Position referiert wird, nicht die eigene (-> Distanz zum Material). Dies geschieht, indem man die Aussagen des Materials in die indirekte Rede überführt.

In der indirekten Rede wird der Modus Konjunktiv für finite Verben verwendet. Die Konjunktiv-I-Formen nutzen den Präsensstamm des Verbs, die Konjunktiv-II-Formen den Präteritumsstamm (ggf. mit Umlautung).

Beispiele:

Person/ Numerus	Indikativ	Konj. I. (Präsens- stamm + Endung)	Konj. II (Präteritums- stamm + Endung)	Indikativ	Konj. I. (Präsens- stamm + Endung)	Konj. II (Präteritums- stamm + Endung)
	sein			haben		
ich	bin	sei	wäre	habe	habe	hätte
du	bist	seiest	wärest	hast	habest	hättest
er, sie , es	ist	sei	wäre	hat	haben	hätten
wir	sind	seien	wären	haben	haben	hätten
ihr	seid	seiet	wäret	habt	habet	hättet
sie	sind	seien	wären	haben	haben	hätten

Im Regelfall benutzt man in der indirekten Rede den Konjunktiv I, in bestimmten Fällen den Konjunktiv II. In den grauen Feldern der Tabelle sind die Formen des Konjunktivs I identisch mit den Indikativ-Formen. In solchen Fällen findet in der indirekten Rede der Konjunktiv II Verwendung, um Verwechslungen auszuschließen.

Beispiel:

Indikativ: Sie haben Geld.

Konjunktiv I: Sie haben Geld. (-> identisch mit der Indikativ-Form)

Konjunktiv II: Sie hätten Geld.

Beispiel:

(Regierungserklärung des Bundeskanzlers Konrad Adenauer vor dem Deutschen Bundestag am 21.10.1949):

*„In der Sowjetunion wurden schon im Jahre 1945 im Gegensatz zu den anderen Zonen Zentralversammlungen eingerichtet, die den unverkennbaren Zweck hatten, die ganze sowjetische Zone staatlich einheitlich zu organisieren. [...]*

*Es wird niemand behaupten können, dass die nunmehr geschaffene Organisation der Sowjetzone auf dem freien Willen der Bevölkerung dieser Zone beruht.“*

wörtliche Überführung in die indirekte Rede (KEINE ZUSAMMENFASSUNG, da sich der Wortlaut nicht verändert und der Inhalt nicht auf wesentliche Punkte zusammenge kürzt wird):

In der Sowjetunion seien schon im Jahre 1945 im Gegensatz zu den anderen Zonen Zentralversammlungen eingerichtet worden<sup>1</sup>, die den unverkennbaren Zweck gehabt hätten<sup>2</sup>, die ganze sowjetische Zone einheitlich zu organisieren. [...]

Es werde niemand behaupten können, dass die nunmehr geschaffene Organisation der Sowjetzone auf dem freien Willen der Bevölkerung beruhe.“

Vorsicht! Bei der Zusammenfassung von Quellen und Darstellungen werden nur die Passagen in die indirekte Rede gesetzt, die die referierte Position wiedergeben.

Beispiel:

Quelle: „Herr Müller ist ein netter Mann.“

-> fehlerhaft: In der Quelle werde behauptet, Herr Müller sei nett.

-> korrekt: In der Quelle wird behauptet, Herr Müller sei nett. (Der erste Teil ist keine Aussage der Quelle, sie ist folglich auch nicht in die indirekte Rede zu setzen.)

1 Zum Ausdruck der Vorzeitigkeit des Geschehens wird die Vergangenheitsform (Perfekt-Form) des Konjunktivs I, bei Ausdruck der Gleichzeitigkeit die Gegenwartsform (Präsens-Form) des Konjunktivs I verwendet

2 Hier wird – da die Form des Konjunktivs I identisch mit der Indikativ-Form ist („gehabt haben“) - der Konjunktiv II verwendet.

### Übung:

Überführen Sie das folgende Material in die indirekte Rede (eine mögliche Lösung ist auf der nächsten Seite).

Regierungserklärung von Ministerpräsident Otto Grotewohl am 12. Oktober 1949 vor der Provisorischen Volkskammer der DDR:

*„Die Handlungen der Regierung werden durch nichts anderes bestimmt als durch die vom Deutschen Volksrat beschlossene, vom 3. Deutschen Volkskongress bestätigte und durch die Volkskammer in Kraft gesetzte Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Regierung geht aus der ersten unabhängigen deutschen Volksbewegung hervor; sie ist damit die erste unabhängige deutsche Regierung. Durch ihre Herkunft aus dem deutschen Volke selbst unterscheidet sie sich schon von der aufgrund der Bonner Verfassung errichteten westdeutschen Separatregierung. Die Bonner Verfassung ist nur die Ausführungsbestimmung des Besatzungsstatuts der westlichen Alliierten. Der in Westdeutschland errichtete Verfassungszustand ist keineswegs als der Ausdruck einer eigenen deutschen politischen Willensbildung anzuerkennen. Der Westdeutsche Sonderstaat ist nicht in Bonn, sondern in London entstanden. Bonn hat nur die Londoner Empfehlungen, die in Wahrheit Befehle der westlichen Alliierten waren, ausgeführt. Der nunmehr in die Volkskammer umgewandelte frühere Deutsche Volksrat hat wiederholt Vorschläge an die westdeutschen Politiker ergehen lassen, eine gemeinsame politische Plattform für eine demokratische Willensbildung in ganz Deutschland zu schaffen. Sie haben in Westdeutschland diesen demokratischen Weg abgelehnt und glauben, mit den Methoden einer maßlosen Hetze und Verleumdung gegen die Sowjetunion und gegen die sowjetische Besatzungszone weiterzukommen. [...] Die westdeutschen Politiker, die westlichen Alliierten und darüber hinaus die Weltöffentlichkeit werden sich davon überzeugen müssen, dass nur dann, wenn dem deutschen Volke das Recht auf die staatliche Selbstbestimmung eingeräumt wird, das Deutschlandproblem gelöst werden kann. [...] Der westdeutsche Separatstaat weist schon in seiner Geburtsstunde alle Krankheitszeichen eines politischen Wechselbalges und einer Krisis auf, er kann darum vor dem Urteil der Geschichte nicht bestehen.“*

-> mögliche Lösung (KEINE ZUSAMMENFASSUNG):

Die Handlungen der Regierung würden durch nichts anderes bestimmt als durch die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, welche vom Deutschen Volksrat [...] beschlossen worden sei. Die Regierung gehe aus der ersten unabhängigen deutschen Volksbewegung hervor, sie sei damit die erste unabhängige deutsche Regierung. Durch ihre Herkunft aus dem deutschen Volke selbst unterscheide sie sich schon von der westdeutschen Separatregierung, welche aufgrund der Bonner Verfassung errichtet worden sei. Die Bonner Verfassung sei nur die Ausführungsbestimmung des Besatzungsstatuts der westlichen Alliierten. Der Verfassungszustand, der in Westdeutschland errichtet worden sei, sei keineswegs als der Ausdruck einer eigenen deutschen politischen Willensbildung anzuerkennen. Der westdeutsche Sonderstaat sei nicht in Bonn, sondern in London entstanden. Bonn habe nur die Londoner Empfehlungen, die in Wahrheit Befehle der westlichen Alliierten gewesen seien, ausgeführt. Der nunmehr in die Volkskammer umgewandelte frühere Deutsche Volksrat habe wiederholt Vorschläge an die westdeutschen Politiker ergehen lassen, eine gemeinsame politische Plattform für eine demokratische Willensbildung in ganz Deutschland zu schaffen. Sie hätten in Westdeutschland diesen demokratischen Weg abgelehnt und würden glauben [-> Ersatzform mit „würde“], mit den Methoden einer maßlosen Hetze und Verleumdung gegen die Sowjetunion und gegen die sowjetische Besatzungszone weiterzukommen. [...] Die westdeutschen Politiker, die westlichen Alliierten und darüber hinaus die Weltöffentlichkeit würden sich davon überzeugen müssen, dass nur dann, wenn dem deutschen Volke das Recht auf die staatliche Selbstbestimmung eingeräumt werde, das Deutschlandproblem gelöst werden könne. [...] Der westdeutsche Separatstaat weise schon in seiner Geburtsstunde alle Krankheitszeichen eines politischen Wechselbalges und einer Krisis auf, er könne darum vor dem Urteil der Geschichte nicht bestehen.